

Quelle: *Alexander Fischbach*: Wölfe ins Jagdrecht aufnehmen?, in SVZ: 05.02.2021

## Wölfe ins Jagdrecht aufnehmen?

Jagdverband Parchim möchte Regulierung des Wolfsbestandes –  
Landwirtschaftsministerium aber nicht

*Alexander Fischbach*

**PLAU AM SEE /PARCHIM** Mit dem Wolf zu leben, ist komplizierter als gedacht. Das bisherige Management greife nicht richtig. So ähnlich könnte verkürzt eine Aussage des Jagdverbandes Parchim aussehen, bei der es um den bisherigen Umgang mit dem Wolf geht. Es ist dabei nicht so, dass die Jäger sich den Wolf wieder weg wünschten. „Allerdings wäre es wichtig, den Wolf zum Teil unter das Jagdrecht fallen zu lassen“, so die Aussage von Dietmar Villwock. Zumindest in einigen Fällen wäre eine Erleichterung für Abschüsse seines Erachtens sinnvoll. Villwock ist nicht nur Mitglied des Verbandes und Jäger, sondern auch Wolfsbeauftragter. Er berät, wie viele andere Naturschützer und Jäger im Land, Schaf- und andere Weidetierhalter zum Wolfschutz. Seiner Meinung nach besteht für den Wolf in Deutschland keine Gefahr des plötzlichen Aussterbens mehr. „Die Bestandsdichte in Deutschland ist wesentlich größer als zum Beispiel in Skandinavien“, sagt er.

Und die Zahlen scheinen ihm recht zu geben. Laut der Stiftung Euronatur lebten im Jahre 2019 in Deutschland und in der westpolnischen Population insgesamt zwischen 780 und 1030 Tiere, während in Norwegen und Schweden insgesamt etwa 430 Tiere sind. Seiner Meinung nach ist der Bestand des Wolfes für ein relativ dicht besiedeltes Land wie Deutschland zu hoch. Konflikte seien da vorprogrammiert. Auch manche Vorteile, die sich zahlreiche verantwortliche in Naturschutzverbänden und Ministerien erhofft hatten, seien ausgeblieben. Gerade zur Regulierung des Wildschweinbestandes hätte der Wolf nicht übermäßig beigetragen. Diese Tiere könnten dem Wolf gut ausweichen. Sie nutzen dann landwirtschaftliche Flächen, wie zum Beispiel Maisfelder. Abgesehen davon sind Wildschweine, insbesondere in großen Rotten, keine leichte Beute. Der Wolf jage alleine deshalb weit mehr Rehwild.

Wölfe sind Wanderer. Im Rahmen des Wolfsmonitorings wurden einzelne Tiere mit Sendern ausgestattet. Diese konnten bis in den Raum der baltischen Länder oder als Einzelwolf auch bis in die Niederlande verfolgt werden. „Daher ist es auch logisch, dass das eine oder andere Tier in dem Bereich von Dörfern gesichtet wird“, meint Villwock. Insgesamt 15 nachgewiesene Rudel und ein Wolfspaar sind im vergangenen Jahr in Mecklenburg-Vorpommern nachgewiesen worden. Sie siedeln unter anderem im Kaarzer Holz, im Naturpark Nossentiner-Schwinzer Heide in der Nähe von Kirch Rosin und an der Grenze zu Brandenburg. Diese Zahl ist allerdings vorläufig, neun weitere Sichtungen sind noch nicht eindeutig geklärt. Man kann sie bis jetzt also keinem Rudel, Einzeltier oder Paar genau zuordnen. „Diese Territorien werden aber auch, wie dargestellt, von einzelnen Wölfen verlassen“, sagt der Wolfsbeauftragte Villwock. Deswegen ist mittlerweile ganz Mecklenburg-Vorpommern, mit Ausnahme der Insel Rügen und kleiner Ostseeinseln, Wolfsgebiet. Auch bei der Schadenskompensation und Unterstützung für Weidetierhalter sieht er Probleme: „An die Schafzüchter ist gedacht worden, aber Geld, um eine Pferde- oder und Rinderweide zu schützen, ist komplizierter aufzutreiben. Hier sieht die Förderrichtlinie Wolf des Landwirtschaftsministeriums eine genaue Prüfung vor, und finanzielle Unterstützung gibt es nur im Falle eines tatsächlichen Risses. Eine allgemeine Prävention ist nicht vorgesehen.“

Andreas Gehrke, der Vorsitzende des Jagdverbandes Parchim sagt: „Vor Jahren hatten wir den Vorschlag, Schutzgebiete einzurichten, in denen Wölfe leben können, und nur die Wölfe außerhalb dieser Gebiete werden den Beständen entnommen. Aber dieser Vorschlag blieb ungehört.“ Er fordert genau wie Villwock eine Bestandsreglung des Wolfes. Dazu sollen vor allem die neu gewonnenen Daten und wissenschaftlichen Erkenntnisse des Wolfsmonitorings und der Wolfsforschung im Allgemeinen die Basis sein.

Im Landwirtschaftsministerium hält man eine Bestandsobergrenze für nicht zielführend. So erteilte am vergangenen Mittwoch Minister Till Backhaus im Landtag einem Antrag auf Einführung einer Bestandsobergrenze für Wölfe eine Absage. Statt einer Obergrenze unterstütze das Land betroffene Tierhalter.